

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Wolfgang Breul 25-2

361-10319

V o r l a g e Nr. G 149/18

Vorlage für die Sitzung der Deputation für Bildung am 04.02.2015

„Beschulung in den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren“

Anfrage für die Sitzung der Deputation für Bildung am 04.02.2015

A. Problem

Die Abgeordnete Sülmez Dogan, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat für die Sitzung der Deputation für Bildung folgende Anfrage an die Senatorin für Bildung und Wissenschaft gestellt:

„Beschulung in den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird folgende Antwort vorgeschlagen:

Die vier Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren der Stadtgemeinde Bremen (ReBUZ) beraten und unterstützen Schülerinnen und Schüler, deren Erziehungsberechtigte sowie Schulen. Sie arbeiten vom Einzelfall ausgehend multiprofessionell mit spezifischen Kompetenzen in den Bereichen Beratung, Diagnostik, Unterstützung, Prävention und Intervention in der jeweiligen Region eng mit den Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) sowie anderen schulischen und außerschulischen Kooperationspartnern zusammen.

Die zeitlich befristeten Maßnahmen zur Erfüllung der Schulpflicht für Schülerinnen und Schüler mit einem hohen Förderbedarf im Bereich sozial-emotionaler Entwicklung ergänzen seit dem Schuljahr 2014/2015 das Angebot der Beratung und Unterstützung der ReBUZ. Diese Art der Beschulung wurde für diejenigen Schülerinnen und Schüler konzeptioniert, deren Lern- und Sozialverhalten dies erforderlich macht, von denen dauerhafte Störungen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule ausgehen.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen wurden bislang 3 Beschulungs-Standorte eingerichtet

(Mainstraße, Vegesacker Straße und die Villa Am Wasser) sowie speziell qualifizierte Sonderpädagogen/innen und Sozialpädagogen/innen eingestellt. An den 3 Standorten unterrichten 4 Teams (bestehend aus jeweils 1 Sonderpädagogen/in und 1 Sozialpädagogen/in) 4 Gruppen mit jeweils maximal 6 Schülerinnen und Schüler.

Grundlage der schulersetzenden Maßnahmen ist § 55 Absatz 4 des Bremischen Schulgesetzes, wonach Schülerinnen und Schüler von der Fachaufsicht Schulen im Benehmen mit der Fachaufsicht der ReBUZ zur Erfüllung ihrer Schulpflicht vorübergehend (bis maximal 24 Monate) einem Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum nach § 14 Abs. 2 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes zugewiesen werden können.

Die Zuweisung ist an eine strenge Verfahrensregelung gebunden, welche in der „Verordnung über das Verfahren der vorübergehenden Zuweisung von Schülerinnen und Schülern zur Erfüllung der Schulpflicht zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum“ beschrieben sind. Demnach stellt die Schulleiterin oder der Schulleiter der Schule, die die Schülerin oder der Schüler besucht, auf Beschluss der Klassenkonferenz und im Einvernehmen mit der Leitung des Zentrums für unterstützende Pädagogik der Schule oder des Schulverbundes einen Antrag auf vorübergehende Zuweisung der Schülerin oder des Schülers zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum bei der Fachaufsicht Schulen. Die Fachaufsicht Schulen beruft im Benehmen mit der Fachaufsicht der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren aufgrund des Antrages eine Fallkonferenz ein. Die Fallkonferenz berät darüber, ob die vorübergehende Zuweisung der Schülerin oder des Schülers zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum notwendig ist und gibt eine entsprechende Empfehlung. Auf der Grundlage der Anhörung, der Beratung und Empfehlung entscheidet die Fachaufsicht Schulen im Benehmen mit der Fachaufsicht der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren über den Antrag auf vorübergehende Zuweisung der Schülerin oder des Schülers zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum. Die Zuweisung soll die Dauer von zunächst sechs Monaten nicht überschreiten. Sie kann bei fortbestehender Notwendigkeit jeweils um höchstens sechs weitere Monate verlängert werden. Insgesamt soll die Zuweisung die Dauer von zwei Schuljahren nicht überschreiten.

Die Schülerinnen und Schüler bleiben während dieser schulersetzenden Maßnahme der Stammschule zugehörig. Der Unterricht in den Kernfächern (Deutsch, Mathematik, Englisch) ist in Zusammenarbeit mit der besuchten Schule so zu gestalten, dass die Anschlussfähigkeit bei der Rückkehr z. B. nach sechs Monaten gewährleistet ist. Durch die intensive Beziehung in kleinen Gruppen und psychologische Begleitung in einer überschaubaren Struktur sollen Regeln und Kompetenzen vermittelt werden, die den Schülerinnen und Schülern eine erfolgreiche Rückkehr in die Schule ermöglichen. Eine enge Verzahnung während der

Maßnahme mit der Stammschule und dem ZuP ist ausdrücklich gewünscht.

Die Zuweisungen zu diesen schulersetzenden Maßnahmen finden seit Oktober 2014 statt.

Aktuell sind diese Maßnahmen an den ReBUZ noch nicht komplett ausgeschöpft. Es laufen allerdings bereits weitere Zuweisungsverfahren. Wie schnell die 4 Gruppen á 6 Schülerinnen und Schüler belegt sein werden, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Ebenso wenig kann zum aktuellen Zeitpunkt eine zuverlässige Aussage über Erfolg der Maßnahmen, den weiteren Werdegang der Schülerinnen und Schüler und eventuelle Rückfallquoten gemacht werden.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit der Beantwortung der Frage sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden.

Bereits in der Studie „Gewalt und Delinquenz junger Menschen in Bremen 2008-2010“ (Brettfeld/Wetzels) vom August 2013 wurden die generell geringeren Raten aktiver Delinquenz bei Mädchen im Gegensatz zu denen bei Jungen beschrieben. Die gemeldeten besonderen Vorkommnisse an den Schulen in Bremen bestätigen diesen Unterschied. So werden auch aller Voraussicht nach die externen Maßnahmen an den ReBUZ überwiegend durch Jungen frequentiert werden.

E. Beteiligung und Abstimmung

keine weitere Beteiligung

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach der Beschlussfassung zur Veröffentlichung im zentralen Informationsregister nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschlussvorschlag

Die Deputation Bildung nimmt die Antwort zur Kenntnis.